

Wahlprogramm der Freien Demokraten 2026-2031

BAD HOMBURG VERDIENT VERNUNFT.

Bad Homburg steht für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und ein einzigartiges Lebensgefühl. „Champagnerluft und Tradition“ – dieser Anspruch beschreibt unsere Stadt seit Generationen. Doch dieser Anspruch muss auch immer wieder neu mit Leben gefüllt werden. Er ist kein Selbstläufer, sondern Ausdruck einer Haltung: dass Politik verantwortlich handelt, Maß hält und Entscheidungen trifft, die nicht nur dem Augenblick gefallen, sondern auch in einem Jahrzehnt noch sinnvoll sind.

Seit über zehn Jahren wird Bad Homburg von einer Koalition aus CDU und SPD regiert. Diese Koalition hat teure Scheinlösungen geschaffen, aber zu selten zukunftsorientiert gestaltet. Nachhaltige Entscheidungen wurden verschleppt, Projekte nur nach PR-Gesichtspunkten angekündigt, Prioritäten falsch gesetzt. Die Folge ist ein wachsender Investitions- und Sanierungsstau bei den tatsächlich notwendigen Themen. Gleichzeitig steigen die Schulden – der finanzielle Spielraum für notwendige Investitionen schrumpft. Die Stadt hat sich in vielen Bereichen von der Zukunft abgewandt, die städtische Attraktivität für Bürger und Unternehmen vernachlässigt und sich dem Klein-Klein überantwortet.

Wir Freie Demokraten treten 2026 an, um Bad Homburg eine neue Richtung zu geben: mit einem bürgerlichen, leistungsfreundlichen und zukunftsorientierten Politikangebot. Wir stehen für solide Finanzen, für eine zuverlässige Infrastruktur, für Di-

gitalisierung mit echtem Bürgernutzen und für eine Stadtentwicklung, die Vielfalt zulässt statt sie zu reglementieren. Wir wollen eine Stadt, die dem Einzelnen Freiheit gibt – nicht Vorschriften, die Mut macht – nicht entmutigt, die sagt, was sie tut – und tut, was sie sagt.

Bad Homburg verdient Vernunft. Weil es nicht um parteitaktisches Kleinrechnen geht, sondern um das große Ganze. Um eine Stadt, in der wir leben wollen – heute und morgen.

**Am 15. März
Freie Demokraten
wählen.**

Finanzen

Eine leistungsfähige Stadt braucht eine solide finanzielle Grundlage. Doch Bad Homburg hat diese Grundlage in den vergangenen Jahren zunehmend verspielt. Die Rücklagen schrumpfen, die Ausgaben steigen, die Liste unfertiger Projekte wird länger. Gleichzeitig erleben wir eine Koalition, die sich völlig in Ankündigungen verzettelt – und keine Bereitschaft zeigt, Prioritäten zu setzen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine Finanzpolitik mit Kurs. Für uns steht über allem: Keine Steuererhöhungen. Keine Gebührenspirale nach oben. Keine neuen kommunalen Abgaben zulasten der Gesellschaft. Stattdessen fordern wir ein striktes Ausgabenkontrollmanagement, eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine ehrliche Priorisierung künftiger Investitionen. Mangels ausreichender Liquidität können größere neue Investitionen nur mit neuen Schulden finanziert werden, die Schuldentragfähigkeit der Stadt ist aber nicht unbegrenzt.

Wir haben den Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, dass die Stadt nicht unter dem Deckmantel der Bundes-Grundsteuerreform eine Steuererhöhung durch die Hintertür durchführen darf. Wir schauen bei jedem Projekt auf die Folgekosten und kämpfen für die wirtschaftlichste Lösung. Wir sorgen ganz konkret dafür, dass die Menschen in dieser Stadt nicht weiter belastet werden. Dafür steht die FDP- mehr als jede andere politische Kraft.

Wir wollen, dass die Stadt jedes Jahr eine Effizienzanalyse aller Ausgaben vornimmt – nicht nur im Haushalt, sondern auch in ihren Beteiligungen: von der Kur- und Kongress-GmbH über die Stadtwerke bis zur Spielbank. Rücklagen müssen konsequent wieder aufgebaut werden. Nur wer spart, kann auch gestalten.

Dabei geht es uns nicht um plumpes Kürzen, sondern um eine Verwaltung, die sich auf das Wesentliche konzentriert. Jede Satzung, jede Gebührenregelung, jede Aufgabenübertragung gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die Stadt muss aufhören, ihre eigenen Prozesse zu verkomplizieren – und anfangen, sie für die Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen.

Verkehr

Bad Homburg lebt von seiner Erreichbarkeit. Die Stadt ist Wohnort, Wirtschaftsstandort, Gesundheitszentrum und Einkaufsstadt. Jeden Tag pendeln zehntausende Menschen nach Bad Homburg oder von hier in die Region. Diese Mobilität ist keine Belastung – sie ist Fundament unseres Wohlstands. Doch die aktuelle Verkehrspolitik scheint diese Lebensrealität aus dem Blick verloren zu haben.

Die Ampeln sind falsch geschaltet. Die Ostring-Verbindung wird ausgebremsst. Der Parkraum wird verknappst. Die Südumgehung verliert ihre Funktion. Wer heute aus Richtung Autobahn in die Stadt will, steht oft im Stau – nicht wegen zu viel Verkehr, sondern wegen schlechter Planung. Die sozialdemokratisch dominierte Verkehrspolitik hat an vielen Stellen neue Engpässe geschaffen – ohne ein integriertes Konzept, wie Mobilität funktionieren kann.

Wir Freie Demokraten setzen auf eine Verkehrspolitik mit System. Wir wollen grüne Wellen statt roter Ampeln. Wir wollen den Ostring zukunftssicher machen und ihn endlich mit einem Anschluss an die A5 komplettieren. Wir wollen moderne Parkleitsysteme, eine „Brötchentaste“ für Kurzzeitparker und eine Gebührenpolitik mit Maß.

Zur Mobilität in Bad Homburg gehört auch der Fußverkehr: Wir wollen sichere, barrierefreie und gut unterhaltene Gehwege, klare Querungsmöglichkeiten an Hauptstraßen, sichere Schulwege und eine Verkehrsplanung, die Fußgänger nicht als „Restgröße“ betrachtet. Wer zu Fuß unterwegs ist – ob mit Kinderwagen, Rollator oder Einkaufstasche – braucht verlässliche Wege, gute Beleuchtung und sinnvolle Ampelschaltungen.

Beim Radverkehr setzen wir auf Sicherheit – aber ohne Kampf gegen das Auto. Statt Fahrspuren zu streichen, wollen wir ein Fahrradnetz entlang sogenannter Naturachsen schaffen: getrennte, gut beleuchtete Wege durch Grünzüge und Nebenstraßen. Dort entsteht echter Nutzen – nicht auf Hauptstraßen, wo neue Konflikte vorprogrammiert sind.

Auch der öffentliche Nahverkehr muss neu gedacht werden. Leere Busse auf Nebenstrecken bringen niemanden weiter. Wir wollen deshalb On-

Digitalisierung & Bürokratie

Demand-Angebote ausbauen, Busse mit alternativen Antrieben einsetzen und eine digitale Fahrgastinformation in Echtzeit ermöglichen. Der Nahverkehrsplan muss an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden – nicht hinter verschlossenen Türen abgestimmt werden.

U-Bahn-Verlängerung:

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der geplanten Verlängerung der U2. Der Bürgerentscheid von 2018 war eindeutig – und wir Freie Demokraten haben ihn akzeptiert. Doch wir haben von Anfang an auch auf die Risiken hingewiesen: Die prognostizierten Kosten wurden seit dem Bürgerentscheid um fast das Dreifache überschritten, die Förderzusagen von Bund und Land stehen weiterhin aus, und die städtische Haushaltslage hat sich dramatisch verschlechtert. Unter diesen Voraussetzungen kann das Projekt nicht realisiert werden – die Bürger haben damals auf einer ganz anderen Grundlage zugestimmt.

Unsere klare Position lautet: Der Bau der U-Bahn darf nur erfolgen, wenn ein deutlich positives Nutzen-Kosten-Verhältnis nachgewiesen und offengelegt wird, sämtliche Förderzusagen rechtsverbindlich vorliegen und die Finanzierung gesichert ist – ohne dass andere zentrale Investitionen wie der Neubau des Kurhauses in Gefahr geraten. Die FDP wird unter den derzeitigen Bedingungen keiner Realisierung zustimmen.

Außerdem muss der Lärmschutz entlang der Trasse deutlich über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen. Die Umsetzung darf nicht zu einem langjährigen Dauerprojekt verkommen. Wir wollen keine Bad Homburger Variante des Berliner Flughafens.

Mobilität ist Daseinsvorsorge. Sie verdient Pragmatismus, kein Dogma.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist kein Zukunftsthema mehr – sie ist längst Gegenwart. Umso unverständlicher ist es, dass in Bad Homburg noch immer Anträge auf Papier ausgefüllt werden müssen, dass viele Abläufe nicht digital unterstützt sind und dass Bürgerinnen und Bürger keinen Überblick über den Stand ihrer Anliegen erhalten. Wir wollen das ändern.

Digitale Angebote müssen dabei den persönlichen Kontakt ergänzen – nicht ersetzen: Wer ein Anliegen lieber im direkten Gespräch klärt, muss weiterhin eine verlässliche Ansprechperson in der Verwaltung erreichen können.

Unser Ziel ist die komplett digitale Stadtverwaltung – nicht durch technologische Überfrachtung, sondern durch kluge Vereinfachung. Denn Digitalisierung ersetzt nicht die Notwendigkeit zur Entschlackung. Wer analoge Bürokratie nur ins Digitale überträgt, verbessert nichts.

Deshalb fordern wir eine grundlegende Überprüfung aller Verwaltungsprozesse – mit dem Ziel, Verfahren zu verkürzen, Zuständigkeiten zu straffen und medienbruchfreie digitale Lösungen zu ermöglichen. Jeder Antrag soll per App gestellt, nachverfolgt und abgeschlossen werden können. Der Status muss jederzeit sichtbar sein.

Auch die Infrastruktur muss stimmen: Glasfaser bis ins Haus, 5G in allen Stadtteilen, koordinierte Baustellenplanung zwischen Versorgern und Stadt – damit die Bürger nicht dreimal im Jahr unter Umleitungen und Aufriss leiden.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Digitalisierung des Bauamts. Wer bauen will, darf nicht jahrelang auf Genehmigungen warten. Deshalb fordern wir verbindliche Bearbeitungsfristen, die vollständige Digitalisierung der Antragsverfahren sowie die Einführung eines Genehmigungsfiktionelements bei überzogener Bearbeitungsdauer.

Bad Homburg kann Modellkommune werden – wenn wir Digitalisierung nicht nur als Technik, sondern als Haltung verstehen: serviceorientiert, effizient und innovativ.

Klima

Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung – auch auf kommunaler Ebene. Aber auch hier gilt: Wirkung vor Symbolpolitik. Während andere mit unrealistischen Zielmarken wie „Klimaneutral bis 2035“ Schlagzeilen machen, wollen wir in Bad Homburg echte Fortschritte – Schritt für Schritt, nachvollziehbar und für die Stadt und die Bürger finanzierbar. Bislang hat die Verwaltung trotz Nachfrage unserer Fraktion noch keine einzige Angabe zu den voraussichtlichen Kosten für die Erreichung der sogenannten Klimaneutralität gemacht – so kann man jedoch keine unseriösen Termine in den Raum stellen.

Die Stadt kann Vorbild sein. Städtische Gebäude sollen dort energetisch saniert werden, wo es wirtschaftlich vertretbar ist. Investitionen in Photovoltaikanlagen, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Regenwassernutzung müssen vereinfacht und gefördert werden. Die Renaturierung unserer Bäche und die Aufforstung des Stadtwalds mit klimaresistenten Baumarten sind konkrete Beiträge, die wir leisten können – und leisten wollen. Ein Schwerpunkt unserer Politik muss dabei auf der Klimafolgenpolitik liegen. So schaffen wir einen konkreten Nutzen für die Menschen vor Ort, statt uns mit hehren Zielen zu schmücken, die außer immensen Kosten keinerlei tatsächlichen Nutzen entfalten.

Wir sagen Nein zu Windkraft im Taunus. Die grüne Lunge unserer Region darf nicht zum Standort für Industrieanlagen werden. Auch eine kommunale Verpflichtung zur Fernwärme halten wir für problematisch, wenn sie Bürger finanziell überfordert.

Wir wollen ein lokales Klimaanpassungskonzept entwickeln, das aufzeigt, wie Bad Homburg auf Wetterextreme reagieren kann – mit besserem Wassermanagement, neuen Rückhalteflächen und Schutzkonzepten für öffentliche Gebäude.

Klimaschutz ist eine Aufgabe der Vernunft. Wer glaubt, mit großspurigen Versprechen die Welt zu retten, verspielt die Akzeptanz für echte Maßnahmen. Wir Freie Demokraten stehen für konkrete Fortschritte statt grüne Träumereien.

Sicherheit

Bad Homburg ist eine sichere Stadt – und das soll auch so bleiben. Für uns Freie Demokraten ist Sicherheit keine Frage des Bauchgefühls, sondern ein Ausdruck von Verlässlichkeit, Präsenz und klaren Regeln. Wir wollen keine Überwachungsstadt – aber eine Stadt, in der der Rechtsstaat sichtbar ist.

Wir fordern verbindliche Sicherheitskonzepte für alle öffentlichen Einrichtungen, wie das Seedammbad. Ordnungskräfte müssen nicht nur präsenter, sondern auch sichtbar ausgestattet sein. Eine moderne, gut ausgebildete Stadtpolizei mit klaren Zuständigkeiten ist für uns Teil einer bürgernahen Sicherheitspolitik.

Die Stadt muss dafür sorgen, dass öffentliche Räume einladend und sicher sind. Das heißt: gute Beleuchtung, gepflegte Grünflächen, klare Wegführung. Auch digitale Notrufsysteme wie SafeNow können einen Beitrag leisten – wenn sie klug eingebunden und mit Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt vernetzt sind.

Für Schulen, Kitas und öffentliche Gebäude braucht es einheitliche Sicherheitsstandards – und regelmäßige Schulungen für das Personal. Denn Sicherheit entsteht nicht durch Angst – sondern durch Aufmerksamkeit, Klarheit und Kompetenz.

Eine liberale Stadt schützt ihre Bürger – ohne sie zu bevormunden. Dafür stehen wir.

Soziales

Unsere Gesellschaft lebt von Solidarität, aber auch von Eigenverantwortung. Sozialpolitik darf kein Reparaturbetrieb sein, der bloß Symptome verwaltet – sie muss Chancen eröffnen. Wir Freie Demokraten setzen auf einen Sozialstaat, der befähigt statt bevormundet. Und wir setzen auf eine Stadt, die allen Generationen Raum gibt: Kindern, Jugendlichen, Familien, Berufstätigen und Senioren.

Fast alle wissen es – und es ist auch in den Medien häufig zu lesen: Die Kommunen sind vor allem durch ständig neue, von Bund und Land beschlossene soziale Leistungen finanziell und personell überfordert. Der Städteverband klagt über Milliardendefizite der Kommunen und fordert

eine auskömmliche Finanzierung nach dem Motto „Wer bestellt, zahlt auch“. Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich: Wenn Bund oder Land neue Aufgaben schaffen oder bestehende Leistungen ausweiten, dann müssen sie auch die Finanzierung sicherstellen – statt die Kommunen und damit die Bürger vor Ort zu überfordern.

Wir setzen auf Flexibilität – insbesondere für Familien mit Schichtdiensten oder unregelmäßigen Arbeitszeiten. Für sie wollen wir punktuell auch 24/7-Kita-Angebote ermöglichen, ohne falsche Versprechungen abzugeben. Denn Kita-Ausbau braucht Realismus – nicht populistische Gratisversprechen. Gebührenfreiheit darf kein Selbstzweck sein, wenn sie den Ausbau behindert. Es gilt: Qualität vor Quantität.

Für uns beginnt Bildung nicht in der Schule, sondern in der Kita. Frühkindliche Bildung, insbesondere Sprachförderung und Förderung der grundlegenden Kompetenzen sollen einen guten Start in der Schule ermöglichen. Deshalb fordern wir verpflichtende Sprachtests im Alter von vier Jahren – mit verpflichtender Teilnahme an Vorschul- oder Kita-Angeboten im Falle von Förderbedarf. Aber auch altersgerechte Angebote in Naturwissenschaft, Technik, Kunst und Musik sind erforderlich.

Gleichzeitig lehnen wir eine vollständige Gebührenfreiheit bei Ganztagsangeboten ab, solange dies nicht solide finanzierbar ist. Bildung braucht Qualität – und diese kostet Geld. Wir fordern Priorisierung statt politischer Überbietungswettbewerbe.

Jugendliche brauchen Freiräume. In jedem Stadtteil sollen sichere Bolzplätze, Jugendräume und moderne Spielplätze entstehen. Wir wollen mobile Freizeitangebote fördern und Jugendbeteiligung stärken. Kultur, Sport und Ehrenamt sollen enger mit Schulen und Ganztagsbetreuung verzahnt werden. Deshalb schlagen wir einen Runden Tisch „Schule – Verein – Stadt“ vor, der gemeinsame Konzepte erarbeitet – praxisnah und unbürokratisch.

Auch Berufstätige ohne Kinder verdienen Respekt und dürfen nicht durch überhöhte Gebühren oder steigende Abgaben zusätzlich belastet werden. Wir haben uns erfolgreich für eine aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform eingesetzt – und werden auch

künftig kommunalen Belastungen entgegentreten, die den Mittelstand treffen.

Seniorenpolitik ist für uns keine Randnotiz. Wir setzen uns für den Ausbau von Tagespflegereinrichtungen, barrierefreie Wohnungen, Mehrgenerationenhäuser und generationenübergreifende Treffpunkte ein. Die Stadt soll älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – mit Unterstützung, wo nötig, und Freiraum, wo möglich. Wir fordern die Einrichtung eines Seniorenbeirats, der direkt in die Stadtpolitik eingebunden ist.

Auch die Gesundheitsversorgung ist kommunal mitverantwortet. Wir wollen keine städtisch betriebenen Pflegeheime – aber wir wollen ambulante Versorgungsformen, Pflege-WGs und Nachbarschaftshilfen stärken.

Wirtschaft

Bad Homburgs wirtschaftliche Stärke ist kein Zufallsprodukt. Sie ist Ergebnis kluger Standortpolitik, verlässlicher Rahmenbedingungen und einer starken Unternehmenskultur. Doch diese Stärke ist bedroht – durch wachsende Bürokratie, träge Prozesse und fehlenden Mut zur Veränderung. Wir Freie Demokraten wollen den Wirtschaftsstandort Bad Homburg wieder auf Erfolgskurs bringen.

Wir fordern: Keine neuen kommunalen Steuern. Keine Steuererhöhungen durch die Hintertür. Stattdessen setzen wir auf Haushaltsdisziplin, schlanke Strukturen und gezielte Rücklagenbildung. Überschüsse gehören nicht in Wahlgeschenke, sondern in Investitionen mit Zukunft – in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung.

Für unsere städtischen Beteiligungen gilt: Wir wollen maximale Transparenz, klare Berichtspflichten und regelmäßige Ergebnisanalysen – damit Stadtverordnetenversammlung und Öffentlichkeit nachvollziehen können, wie sich Risiken, Investitionen und laufende Kosten entwickeln.

Die Innenstadt muss wieder zum Herzstück unserer Stadt werden. Mit einem Konzept „Innenstadt 2035“ wollen wir Verkehr, Parken, Handel und Aufenthaltsqualität mit dem

Kurhausneubau zusammendenken. Wir setzen auf stabile Gewerbesteuersätze, digitale Baugenehmigungen und ein Welcome-Desk für Gründerinnen und Gründer. Ein städtischer Gründerwettbewerb kann neue Impulse geben – Bad Homburg soll wieder Mut zur Innovation zeigen.

Wir unterstützen die Ausweisung des Gewerbegebiets am Massenheimer Weg ebenso wie die Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Süd. Bad Homburg braucht Flächen für Wachstum, Handwerk und mittelständische Betriebe – mit guter Erschließung, klaren Rahmenbedingungen und zügigen Genehmigungen.

Bauen & Wohnen

Wohnraum ist knapp. Wir Freie Demokraten haben deshalb den Erwerb der Wohnungen am Wingertsberg unterstützt und ihm zugestimmt. Auch deren Verwaltung durch eine städtische Wohnungsgesellschaft halten wir grundsätzlich für sinnvoll, wenn sie professionell geführt wird und klar definierte Aufgaben erfüllt. Doch wer glaubt, mit einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft als Bauträger ließe sich das Wohnungsproblem lösen, irrt. Staatliche Bauträger sind teuer, langsam und unflexibel. Wir Freie Demokraten setzen auf den privaten Wohnungsbau – flankiert von klaren Regeln und einem verlässlichen Rechtsrahmen.

Die Stadt muss Bebauungspläne schneller aufstellen, Genehmigungen digitalisieren und verbindliche Fristen setzen. Wer bauen will, darf nicht in jahrelangen Verfahren ausgebremst werden. Wir brauchen Investitionen in den Bestand – durch maßvolle Nachverdichtung dort, wo es städtebaulich sinnvoll und infrastrukturell tragfähig ist. Der Bornberg bleibt tabu. Hochhäuser passen nicht in unser Stadtbild.

Das alte Klinikareal ist kein Ort für städtischen Bau-Dirigismus. Wir erkennen die Notwendigkeit von Wohnraum für städtisch verbundene Gruppen an – aber wir wollen dafür ein transparentes Bieterverfahren, klare Qualitätsvorgaben und eine öffentliche Debatte. Die Stadt muss Regeln setzen, nicht selbst bauen.

Vereine & Sport

Vereine sind das Rückgrat unserer Stadtgesellschaft. Sie verbinden Generationen, vermitteln Werte und schaffen Begegnung. Bad Homburg lebt vom Ehrenamt – es verdient Anerkennung, Respekt und Unterstützung. Wir Freie Demokraten wollen das Vereinsleben stärken – pragmatisch, unkompliziert und nachhaltig.

Wir fordern eine zentrale Koordinierungsstelle für Hallenvergabe, den Ausbau bestehender Sportanlagen und die Prüfung eines neuen Bürgersportparks – etwa nach dem Vorbild des Jahn-parks in Friedrichsdorf. Ein solcher Ort kann Treffpunkt, Sportfläche und Freizeitangebot zugleich sein – generationenübergreifend und integrativ.

Die Stadt muss Ansprechpartnerin, nicht Aufpasserin sein. Wir wollen Vereinsförderung entbürokratisieren, Anträge vereinfachen und die Selbstverantwortung der Vereine stärken. Wer sich engagiert, soll keine Hindernisse erleben – sondern Rückenwind.

Kultur & Freizeit

Kultur ist keine Kür – sie ist Teil der DNA unserer Kurstadt. Vom Theater über Musikschulen bis zur Kleinkunstszene: Bad Homburg hat kulturelle Vielfalt. Diese wollen wir erhalten und ausbauen – nicht zentralisieren oder standardisieren.

Wir setzen uns für den Erhalt unserer Parkanlagen, die Stärkung des Kulturspeichers und die Förderung junger kultureller Formate ein. Den „Bad Homburger Sommer“ wollen wir ausbauen und attraktiver gestalten.

Wir schlagen die Errichtung eines Wasserspielplatzes als neues Freizeit-Highlight für Familien vor – ein Ort der Begegnung, der Bewegung und der Freude.

Kulturpolitik ist für uns immer auch Stadtentwicklungspolitik. Eine Stadt, die investiert in Musik, Theater, Literatur und Freizeit, investiert in Zusammenhalt, Lebensqualität und Zukunft.

Kurhaus

Das Kurhaus ist mehr als ein Gebäude – es ist das Herzstück Bad Homburgs, architektonisches Wahrzeichen, kultureller Treffpunkt und identitätsstiftender Ort für unsere Stadtgesellschaft. Es ist technisch überaltert, funktional eingeschränkt und wirtschaftlich nicht mehr tragbar. Eine umfassende Sanierung im Bestand wäre nicht nur teuer, sondern weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Deshalb unterstützen wir Freie Demokraten den längst überfälligen Neubau des Kurhauses – aber unter klaren Bedingungen, die finanzielle Vernunft, bürgerschaftliche Beteiligung und funktionalen Anspruch miteinander verbinden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nach Jahren der politischen Lähmung endlich Bewegung in die Kurhausdebatte gekommen ist. Dass die Spielbank als Ankermieterin in das neue Kurhaus einziehen und durch Miet- und Beteiligungsmodelle zur Finanzierung beitragen soll, ist ein Vorschlag, der aus unserer Mitte stammt – und der nun von anderen übernommen wurde. Das ist kein Problem, sondern ein Erfolg liberaler Ideen. Gute Konzepte kennen keinen Parteistempel.

Entscheidend an dieser Idee ist für uns, dass sie allein das Dilemma auflöst, entweder die Probleme zu verleugnen und das alte Kurhaus verrotten zu lassen oder einen Neubau rein aus Steuermitteln zu finanzieren, was angesichts der Investitionssumme zu massiven Steuererhöhungen führen würde. Die Gegner unserer Finanzierungsideebürden den Menschen in unserer Stadt genau diese schlechten Alternativen auf.

Entscheidend ist für uns nun die Umsetzung. Der Neubau darf die Stadt nicht in eine finanzielle Schieflage bringen. Alle Kosten – inklusive Bau-, Miet- und Folgekosten – müssen offen und realistisch kalkuliert werden. Ein solches Projekt braucht private Partnerschaften, keinen städtischen Größenwahn. Die Stadt darf nicht selbst Bauherrin werden – sondern muss klare Standards setzen, kompetente Partner gewinnen und professionell steuern.

Das Kurhaus der Zukunft muss mehr können als das alte: Es soll Kongresszentrum, Veranstaltungsort, Bürgerhaus und Kulturbühne zugleich sein. Es muss architektonisch anspruchsvoll sein – aber nicht abgehoben. Es

muss wirtschaftlich tragfähig sein – aber nicht gewinnorientiert. Und es muss städtebaulich eingebettet sein – ohne neue Verkehrsprobleme zu schaffen. Der Umzug der Spielbank muss ein Baustein für eine tragfähige Finanzierung sein – und zugleich die kulturelle und bürgerschaftliche Funktion des Kurhauses stärken.

Wir fordern: Eine frühzeitige und verbindliche Bürgerbeteiligung bei der architektonischen und funktionalen Ausgestaltung des Gebäudes. Eine transparente Steuerung mit klaren Zeit- und Kostenplänen. Und eine umsichtige Bauphase, die Handel, Gastronomie und Anwohner nicht vor unzumutbare Herausforderungen stellt.

Das neue Kurhaus ist eine große Chance – wenn man es richtig macht. Es darf kein Denkmal politischer Eitelkeit werden, sondern ein Ort, auf den die Bad Homburgerinnen und Bad Homburger stolz sein können: funktional, finanzierbar und frei von ideologischen Überhöhungen.